

Militär-Vorlage in demselben zur zweiten Berathung stand. Ungeheuer war der Andrang des Publikums zu dieser Sitzung, unbeschreiblich der Jubel, mit dem sowohl Graf von Moltke, als auch der wenige Tage vorher von Friedrichsruh nach Berlin zurückgekehrte Fürst von Bismarck auf ihrem Wege zum Reichstagsgebäude und vor demselben von der nach Tausenden zählenden Volksmenge begrüßt wurden. In den Räumen des Reichstagsgebäudes zeigte sich ein bewegtes Leben. Die Tribünen waren überfüllt, die Plätze des Hauses sowie der Tisch des Bundesraths zahlreich besetzt. Eine große Zahl von Anträgen lagen dem Hause vor; u. A. auch in letzter Stunde noch ein Antrag des Grafen von Ballestrem und Genossen, welcher die Friedens-Präsenzstärke für drei Jahre auf 441 200, für das nächste Jahr aber in voller Höhe auf 468 409 Mann bewilligen wollte.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten von Wedell-Piesdorf trat das Haus in die Diskussion über den nach den Beschlüssen der Kommission gar nicht mehr existirenden §. 1 ein. Der Referent, Abgeordneter Frhr. von Huene (Centrum), sah sich in Folge dessen nur in der Lage, den Reichstag auf den vorliegenden gedruckten Kommissionsbericht zu verweisen, während es dem Korreferenten, Abgeordneten Dr. Buhl, oblag, über die zur Vorlage eingegangenen Petitionen zu berichten. Unter Hinweis auf die wirtschaftliche Lage waren 7 Petitionen gegen die Vorlage eingegangen. Dagegen wünschten 198 Petitionen die möglichst rasche und unverkürzte Bewilligung der Regierungs-Vorlage. Hierunter waren 52 aus Württemberg, eine große Zahl aus dem Königreich und der Provinz Sachsen. Von Städten und Kreisen erwähnen wir: Pforzheim, Leipzig, Halle, Magdeburg, Kreis Mettmann u. s. w. Diese Petitionen waren von Vertretern der verschiedensten Parteirichtungen ausgegangen. Betreffs der Befreiung der Theologen vom Militärdienste lagen 55 Petitionen vor, darunter eine Anzahl von protestantischen Geistlichen, welche gegen die Befreiung petitionirten, desgleichen eine von Studirenden der Theologie der Universität Bonn und 9 anderer Universitäten.

Darauf erhielt der Abgeordnete Graf von Moltke das Wort und äußerte sich wie folgt:

Meine Herren! Niemand von uns täuscht sich wohl über den Ernst der Zeit, in welcher wir uns befinden. Alle größeren europäischen Regierungen treffen eifrigst Vorkehrungen, um einer ungewissen Zukunft entgegenzugehen. Alle Welt fragt sich: werden wir den Krieg bekommen? Nun, meine Herren, ich glaube, daß kein Staatslenker freiwillig die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen wird, die Brandfackel in den Zündstoff zu werfen, welcher mehr oder weniger in allen Ländern angehäuft ist. Starke Regierungen sind eine Bürgschaft für Frieden. Aber die Volksleidenschaften, der Ehrgeiz der Parteiführer, die durch Schrift und Wort mißgeleitete öffentliche Meinung, das Alles, meine Herren, sind Elemente, welche stärker werden können, als der Wille der Regierenden; haben wir doch erlebt, daß selbst Börseninteressen Kriege entzündeten. Wenn nun in dieser politischen Spannung

irgend ein Staat in der Lage ist, für die Fortdauer des Friedens zu wirken, so ist es Deutschland, welches nicht direkt in den Fragen theilhaftig ist, welche die übrigen Mächte aufregen; Deutschland, welches seit dem Bestehen des Reiches gezeigt hat, daß es keinen seiner Nachbarn angreifen will, wenn es nicht von ihm selbst dazu gezwungen wird. Aber, meine Herren, um diese schwierige, vielleicht undankbare Vermittlerrolle durchzuführen, muß Deutschland stark und kriegsgerüstet sein. (Bravo! rechts.) Werden wir dann gegen unseren Willen in den Krieg verwickelt, so haben wir auch die Mittel, ihn zu führen. Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, meine Herren, dann glaube ich, haben wir den Krieg ganz sicher. (Hört! hört! rechts.) Es ist ja nun erfreulich und wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen, daß von den großen Parteien dieses Hauses keine ist, welche, ungeachtet mancher verschiedenen Ansichten in inneren Angelegenheiten, der Regierung die Mittel verweigern wird, welche sie nach gewissenhafter Erwägung von uns für die Verteidigung nach außen fordert: nur über die Zeitdauer der Bewilligung sind die Ansichten sehr abweichend von einander. Da möchte ich nun nochmals daran erinnern, daß die Armee niemals ein Provisorium sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Armee ist die vornehmste aller Institutionen in jedem Lande; denn sie allein ermöglicht das Bestehen aller übrigen Einrichtungen (sehr richtig! rechts), alle politische und bürgerliche Freiheit, alle Schöpfungen der Kultur, die Finanzen; der Staat steht und fällt mit dem Heer. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren! Bewilligungen auf kurze Frist, sei es auf ein, sei es auf drei Jahre, helfen uns nicht. Die Grundlage jeder tüchtigen militärischen Organisation beruht auf Dauer und Stabilität; neue Kadres werden erst wirksam im Verlauf einer Reihe von Jahren. Meine Herren, ich glaube, ich darf sagen, daß heute die Augen Europas auf die Versammlung gerichtet sind (sehr richtig! rechts), auf die Beschlüsse, welche Sie in einer so hochwichtigen Angelegenheit fassen werden. Ich wende mich an Ihren patriotischen Sinn, wenn ich Sie bitte, die Regierungsvorlage unverkürzt und unverändert anzunehmen. Zeigen Sie der Welt, daß das Volk und die Regierung einig sind, und daß Sie, meine Herren, bereit sind, jedes Opfer, auch das Opfer einer abweichenden Ansicht zu bringen, wenn es sich um die Sicherung des Vaterlandes handelt. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Es dauerte lange, bis das Haus nach dieser abermaligen, ebenso ernstern wie warmen Mahnung des hochbetagten, nur selten das Wort ergreifenden Feldmarschalls dem Abgeordneten Frhrn. Schenk v. Stauffenberg, welcher nach demselben als Redner auftrat, volles Gehör schenkte. Auch er betonte, wie seine fortschrittlichen und klerikalen Kollegen, daß sie zur Wehrhaftigkeit des Vaterlandes ohne politische Rücksichten das bewilligen würden, was sie für nothwendig hielten! Hierin lag aber und liegt noch immer die Klippe, an der alles Gute, was die Staatsleitung beabsichtigt, scheitern muß, denn nicht, was die Herren von Stauffenberg und Genossen für nothwendig halten, kann die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen, sondern